



Berlin, den 23.06.2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund der Entwicklung der Studienplätze im Bereich der Psychologie in Ihrem Bundesland wenden wir uns heute als Berufsverband in großer Sorge an Sie.

Die Psychologie als wissenschaftliche Disziplin und die Psychologinnen und Psychologen leisten in vielen Bereichen unserer Gesellschaft wertvolle Beiträge. In den vergangenen Jahrzehnten ist die Anzahl der Arbeitsfelder und Bereiche, in denen Psychologie nachgefragt wird und von der Gesellschaft benötigt wird weiter gestiegen. Auch die Zahl der Berufsangehörigen ist seit den 1970er-Jahren kontinuierlich gestiegen, allein vom Jahr 2000 bis heute von 40.000 auf 60.000, ein Anstieg um 50 %. Gleichzeitig ist jedoch die Arbeitslosenquote bei Psychologen auf dem seit den 1990er-Jahren gleich bleibenden niedrigen Wert von 3 % stabil geblieben und sogar leicht gesunken. Die hohe Quote der Arbeitsmarkteinmündung bei gleichzeitigem starkem Anstieg der Zahl an Berufsangehörigen belegt eindrücklich den wachsenden und weiter steigenden Bedarf an gut ausgebildeten Psychologinnen und Psychologen in vielen Bereichen der Gesellschaft. Zugleich wird dadurch der seit über 20 Jahren ungebrochene Bedarf an einer entsprechend hohen Zahl an Absolventen belegt, der sich auch in den Berichten der Arbeitsagentur kontinuierlich als Tatsachenbeschreibung wieder findet.

Neben dem Bedarf der Gesellschaft an Psychologen ist festzustellen, dass auch das Interesse der Abiturienten an dem Studium und dem Beruf gleich bleibend sehr hoch ausfällt. So hat sich die durchschnittliche Zahl von Bewerbern auf einen Studienplatz von vier Bewerbern in den 1990er-Jahren auf fünf bzw. sechs Bewerber in den heutigen Zeiten gesteigert. Der Numerus Clausus liegt vielfach heute zwischen 1,1 und 1,5, so dass man feststellen muss, dass insbesondere die hellsten Köpfe sich für das Fach interessieren. Allein schon aus diesem Grund sollte es im Interesse jedes Bundeslandes liegen, diesen Interessenten adäquate Angebote zu unterbreiten.

Besonders bedeutsam ist aus unserer Sicht eine Gefährdung der Versorgung der Bevölkerung. Sowohl im Bereich der Schule und der dieser vorausgehenden und begleitenden Bildungsförderung - einschließlich der immer stärker hinzu tretenden Aufgabenstellung der Inklusion - als auch in den Bereichen Gesundheitsförderung und Prävention am Arbeitsplatz, bei chronischen Erkrankungen, bei Kindern und älteren Menschen, in Krankenhäusern und Heimen und nicht zuletzt auch in der Versorgung psychischer Erkrankungen ist der Beitrag der Psychologie unverzichtbar. Die langen Wartezeiten im Bereich der Psychotherapie stellen hier eigentlich nur eine zusätzliche Problematik dar, der zu einer noch stärkeren Konzentration vieler Studierenden auf den Bereich Klinische Psychologie und Psychotherapie führen wird.

BDP, gegründet 1946

Präsident Prof. Dr. Michael Krämer
Vizepräsidentin Dipl.-Psych. Annette Schlipphak
Vizepräsident Dipl.-Psych. Michael Ziegelmayr
Hauptgeschäftsführerin Dipl.-Psych. Gita Tripathi
Registergericht Amtsgericht Charlottenburg



Bei einer Reduktion der Absolventen insgesamt und einer gleichzeitig stärkeren Konzentration im Bereich der Psychotherapie muss davon ausgegangen werden, dass schon in den nächsten Jahren andere, wie beispielsweise die oben aufgeführten Bereiche Schwierigkeiten haben werden, die in Ruhestand gehenden Psychologinnen und Psychologen zu ersetzen. Dem wachsenden Bedarf im Bereich der psychologischen Unterstützung kann damit nicht adäquat begegnet werden, eine Fehlversorgung oder mangelhafte Förderung wären die Folgen. Stärker betroffen von einer solchen Entwicklung wären nach unserer Erwartung die für die Gruppe der jungen Absolventen weniger attraktiven Bundesländer, zum Beispiel solche mit vielen ländlichen Bereichen, schwächerer Infrastruktur, geringerem Lohnniveau etc.

Wir möchten auch auf die Bedeutung der Existenz eines psychologischen Instituts für weitere Disziplinen aufmerksam machen. Psychologie als Nebenfach spielt in der Lehrerausbildung, in den Wirtschaftswissenschaften, in der Sonderpädagogik, in den Sportwissenschaften und der Sportpsychologie und vielen Studiengängen im Bereich „Soziales und Gesundheit“ eine große Rolle. Dies erschöpft sich nicht lediglich darin, dass die Professoren des psychologischen Instituts Veranstaltungen bestreiten oder Nebenfachstudierende am psychologischen Institut erforderliche Leistungen erbringen. Ein wesentlicher interdisziplinärer Beitrag der Psychologie besteht in den kontinuierlich gewonnenen neuen Forschungsergebnissen, auf die beispielsweise die Pädagogik und die Wirtschaftswissenschaften mangels eigener Forschungskompetenz im Nachbargebiet dringend angewiesen sind. Aus unserer Sicht hat der Verzicht auf ein psychologisches Institut gravierende Auswirkungen auf eine Universität in sehr vielen Bereichen. Wir würden es sehr bedauern, wenn insbesondere in den neuen Bundesländern dadurch eine Schwächung von Hochschulen einträte und hoffen, mit unseren Argumenten ihr Gehör zu finden.

Vor diesem Hintergrund können wir die beabsichtigte Schließung des erfolgreichen Studiengangs der Psychologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg nicht nachvollziehen. Die Investition in einen Bildungsgang mit höchster gesellschaftlicher Relevanz ist nach unserer Auffassung sehr gut angelegtes und im Vergleich zu anderen Studiengängen, die in deutlich höherem Maße in die Arbeitslosigkeit führen, besser angelegtes Geld. Auf Diskrepanzen in den Relationen von Nachfrage und Mittelausstattung weist auch der Wissenschaftsrat 2013 in den „Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Hochschulsystems des Landes Sachsen-Anhalt“ auf Seite 174 hin:

„Als problematisch erweist sich auch die höchst ungleiche Auslastung der Studienangebote. Nach Auskunft der Universität steht einer deutlich über die Kapazitäten hinausgehenden Nachfrage insbesondere in den Wirtschafts-, Rechts- und Politikwissenschaften sowie der Psychologie eine relativ niedrige Auslastung in Teilen der Geisteswissenschaften und der Physik gegenüber. In den von Überlast betroffenen Bereichen werden – neben den nachteiligen Auswirkungen auf die Studierbarkeit – durch die erhöhte Lehrbelastung der Professorenschaft und des Mittelbaus auch die Kapazitäten für die Forschung in inakzeptabler Weise beeinträchtigt.“

Auch der Stellenwert der psychotherapeutischen Institutsambulanz der LMU für die Versorgung der Region sollte Beachtung finden.



Insofern möchten wir Sie bitten, Ihre Planungen unter Berücksichtigung der fachlichen und gesellschaftlichen Entwicklung nochmals zu überprüfen und den Studiengang Psychologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zu erhalten.

Für eine detailliertere Erläuterung und die Beantwortung von Nachfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Michael Krämer
Präsident des
Berufsverbands Deutscher Psychologinnen und Psychologen